

Kleine Ausland-Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **30 (1951)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

obwohl die kontinentalen Delegierten immer wieder ihrer Hoffnung auf Englands Mitwirkung an einem föderativen Europa Ausdruck gaben. Die Analyse der verschiedenen Anträge, die das Ziel hatten, die Straßburger Institution arbeitsfähig zu machen, erinnern gar zu sehr an die Geschichte des Frankfurter Parlaments, das auf schöne Reden hörte, statt auf den Gang der Geschichte außerhalb der Paulskirche. Da England die Methode des Functional approach, im «test case» des *Schuman-Planes* abgelehnt hat, versteht man, daß Sir Harold Butler den Funktionalismus ebenso abstrakt findet wie den Föderalismus. Millionen Europäer, schreibt er, glauben an die Urgenz einer europäischen Zusammenfassung aller Kräfte. Das empfanden auch die Delegierten, die auf die Mahnung *Spaaks* zur Geduld «mit versteinertem Schweigen» reagierten. Butler glaubt an die Möglichkeit, einen europäischen Sektor innerhalb des Atlantikpaktes zu bilden, in dem England die Führung haben würde. Er bedauert die Haltung der Labour Party und die ungenügenden Kompromisse des konservativen Delegierten *Harold McMillan*.

Eine direkte deutsch-französische Verständigung befürwortet jetzt erst, reichlich spät, *Otto Lehmann-Rußbuehdt* in der «*Deutschen Rundschau*» (2) unter dem unmißverständlichen Titel «*Eidgenossenschaft-Europa oder Schein-Europa?*» Der Appell an *Albert Schweitzer* ist gut gemeint, aber unpolitisch; leider zählen moralische Autoritäten in dieser Weltordnung nicht.

Daß die Labour Party in der Europapolitik *keine Parteidisziplin* fordert, beweist *Ross Mackay*, der als Unterhausmitglied im Widerspruch zu seiner Partei Kompromißformeln in Straßburg im eigenen Namen vorgelegt hat. Seine Idee, die Beratende Versammlung des Europarates in ein «Unterhaus», den Ministerausschuß in ein «Oberhaus» zu verwandeln, würde freilich das britisch-skandinavische Veto nicht aufheben, an dem alle praktische Politik in Straßburg scheitert wie am russischen Veto die Politik des Sicherheitsrates. *Helmut Lindemann* hebt im gleichen Heft der *Deutschen Rundschau* gewisse Entwicklungsmöglichkeiten dieses Mackay-Planes hervor, der noch weit entfernt ist, angenommen zu werden, und außerdem mit Umwandlungszeiten von fünf Jahren arbeitet. Für die Politik der Zeitlupe ist es leider zu spät.

Sowjetrussische Chronik

Den neuen Vorstoß der *russischen Landwirtschaftspolitik* mit dem Ziel, die kleinen Kollektivfarmen, die in vielen Landesteilen einen Drittel der Betriebe ausmachen, in größere Einheiten umzuwandeln, um Kräfte zu sparen, die Produktivität zu erhöhen und die Industrialisierung zu fördern, behandelt *Margaret Miller* in «*The Listener*» (1143). Materialreiche Studien über die großen russischen Pflanzungs- und Bewässerungsprojekte findet man im abgeschlossenen Jahrgang des «*Europaarchiv*». Den russischen Kriegsroman «*Frühling an der Oder*» von E. Kasakewitsch bespricht *Georg Lukacs* in zwei Aufsätzen des Berliner «*Aufbaus*» (1, 2). *Ilya Ehrenburgs* widerspruchsvolle Entwicklung schildert ein alter Freund von ihm, Martin Thomas, in der «*Confrontation Internationale*». Die demokratisch-sozialistischen Diskussionsblätter «*Pro und Kontra*» (1, 2) machen den Berlinern und uns das Vergnügen, Ehrenburgs indirekte Romanbeichten, deren Bohemeyzismus reichlich «westlich» wirkt, zu veröffentlichen. F. Stgr.

Kleine Ausland-Nachrichten

Gleitende Lohnskala in den USA

Offiziellen amerikanischen Informationen ist zu entnehmen, daß sich die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum in den USA zusehends verbessern.

Im Jahre 1949 waren insgesamt 3,03 Millionen Streikende registriert worden mit einem Produktionsausfall von 50,5 Millionen Arbeitsstunden. Im Jahre 1950 dagegen streikten nur noch 2,4 Millionen Arbeiter, und ihr Arbeitsausfall belief sich nur noch auf 38,5 Millionen Arbeitsstunden.

Diese Linderung der sozialen Spannungen wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß viele Gewerkschaften Kollektivverträge abgeschlossen haben, in denen eine gleitende Lohnskala vorgesehen ist. Die 600 000 Arbeiter, welche von den Autofabriken Ford und General Motors beschäftigt werden, haben mit Hinblick auf den steigenden Lebenskostenindex am 1. September 1950 eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Cents und am 1. Dezember 1950 eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Cents bekommen. Die meisten Kollektivverträge legen der gleitenden Lohnskala einen «normalen» Lebenskostenindex von 174 zugrunde und sehen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Cent vor, sooft der Lebenskostenindex um 1,14 Punkte steigt.

Im Januar 1950 bezogen in den USA 16 Millionen Fabrikarbeiter im Durchschnitt einen Wochenlohn von 56,3 Dollar. Im Oktober 1950 belief sich dieser Durchschnitt bereits auf 62 Dollar. Auch wenn man die Teuerung und die Erhöhung der Steuern in Rechnung setzt, bleibt immer noch eine Zunahme des Reallohnes um 51 Cents pro Woche übrig.

A. E.

Aus der Partei:

Die SPS fordert die Wiedereinführung der Preiskontrolle

An den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Bern

Geehrter Herr Bundespräsident,
Geehrte Herren Bundesräte!

Die Arbeiterschaft der Schweiz und mit ihr die Angestellten und alle Bezüger von festen Einkommen sind äußerst beunruhigt über die *fortschreitende Teuerung*, die, nach der Wiederbelebung der Konjunktur im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung in der ganzen Welt, auch unser Land erfaßt hat. Die Erhaltung der Kaufkraft des Frankens bildet angesichts der steigenden Preise der importierten Rohstoffe sowie der sich anbahnenden neuen übersetzten Hochkonjunktur eine ähnlich dringende Aufgabe wie im Jahre 1947.

Da vorderhand — mit Ausnahme gewisser Rohstoffe — noch kein akuter Mangel an Waren herrscht, sind es vor allem zwei Erscheinungen, die Beunruhigung hervorrufen.

Erzielung ungerechtfertigter Gewinne

In seinem Aufruf von Mitte Januar 1950 an das Schweizervolk hat der Bundesrat selber festgestellt, daß es einzelne gibt, die versuchen, die gegenwärtige Lage auszunützen, um sich Vorteile zu verschaffen, die mit dem Allgemeinwohl unvereinbar sind. Wie aus allen Teilen der Schweiz gemeldet wird, sind diese vom Bundesrat erwähnten «einzelnen» inzwischen offensichtlich so zahlreich geworden, daß im Volk eine berechtigte Empörung besteht über ungerechtfertigte Gewinne und übersetzte Margen. Das Bestreben nach Teilnahme an der außergewöhnlichen Konjunkturlage hat Firmen veranlaßt, Kalkulationen anzuwenden, die einen genügenden Willen zum Maßhalten vermissen lassen. Solche Kalkulationen sind möglich, da die Käuferschaft durch Voraussage noch stärkerer Preiserhöhungen und Warenmangel veranlaßt wird, Vorratskäufe auch zu übersetzten Preisen vorzunehmen.

Damit kommen wir zum zweiten Punkt der allgemeinen Beunruhigung, *der Gefahr eines inflatorischen Preisauftriebes*.

Es wird — außer auf dem Weg von Ausgleichskassen — kaum zu verhindern sein, daß Preiserhöhungen bei Importwaren ihren Rückschlag auf die Inlandpreise haben.